



Liebe Freunde und Mitglieder der AfD Mainz,

die fünfte Ausgabe unserer blauen Post landet in Ihren Briefkästen und Postfächern und wir freuen uns sehr, dass sich sowohl Umfang als auch Qualität unseres Mainzer Monatsmagazins von Ausgabe zu Ausgabe steigert.

Der April stand ganz im Zeichen unseres Bundesparteitags und ich bin sehr glücklich über die Entscheidungen unserer Delegierten in Köln. Einen ausführlichen Bericht finden Sie im Heft.

Der Mai ist mittlerweile angebrochen und unser Wahlkampf ist in vollem Gange. Das zeigt sich nicht nur an unseren mittlerweile zweiwöchentlichen Infoständen in Mainz und Umgebung sondern auch im Internet:

Unter www.afd-mainz.de erstrahlt unsere Netzseite im neuen Gewand und ich möchte unserem Vorstandsmitglied Dr. Gunnar Brosch ganz herzlich für seine unzähligen Stunden Arbeit danken, klasse gemacht!

Ich wünsche Ihnen nun viel Spaß bei der Lektüre und freue mich über Ihre Rückmeldungen!

Mit den besten Grüßen,

Ihr

Sebastian Münzenmaier

Vorsitzender AfD Mainz

Unterwegs in anderen Kreisen:



Im April waren wir mit unserem Vorsitzenden wieder in verschiedenen Kreisverbänden zu Gast, insbesondere unser Ausflug nach Germersheim bleibt in besonders guter Erinnerung! Am 13. April fanden sich die beiden „Bestplatzierten“ der rheinland-pfälzischen Landesliste Sebastian Münzenmaier und Dr. Heiko Wildberg in Germersheim ein und luden zum Vortragsabend.

Der Saal war brechend voll, Stühle wurden herbeigeschleppt und die Gäste aus Germersheim und der Südlichen Weinstraße aber auch aus dem benachbarten Baden-Württemberg erlebten launige und interessante Reden und eine spannende Anschlussdiskussion, bei der durchaus auch kontrovers und emotional, jedoch stets sachlich und konstruktiv, über den anstehenden Bundesparteitag debattiert wurde.

Am 20. April sollte dann eigentlich ein Vortrag auf der „ebsch Seit“ in Wiesbaden folgen, leider verhinderten die roten Sturmtruppen den Wiesbadener AfD-Themenabend im dortigen Rathaus.... Doch diese undemokratischen Machenschaften halten die AfD nicht auf, wir werden nur noch stärker und die Mainzer AfD ist fest entschlossen auch weiterhin der sogenannten Antifa das Leben schwer zu machen und unsere tiefroten Freunde auf Trab zu halten – dafür sorgen mit Sicherheit unsere vielen Wahlkampftermine und unser ungebremster Zuwachs!

Mainzer Themenabend der AfD-Stadtratsfraktion „Heimat und Identität“ am 06.04.2017:

Nachdem das beliebte Thema „Heimat und Identität“ im Februar noch ins Wasser fiel und der Referent krankheitsbedingt kurzfristig ersetzt werden musste, war es am 06. April endlich soweit!

Der AfD-Landtagsabgeordnete Martin Schmidt fesselte im schönen Ambiente des Gonsenheimer Rathauses einen gut gefüllten Saal mit einem interessanten Vortrag, einige Inhalte finden Sie hier im Magazin unter dem Titel „AfD- die heimatbewusste Partei“.

Dank einiger fleißiger Helfer wurden im Vorfeld in Gonsenheim ca. 2500 Veranstaltungsflyer verteilt und unter den ungefähr 50 Gästen des Themenabends waren viele neue Gesichter zu entdecken.

AfD AKTIV:



Auch im April war die AfD in Mainz wieder fleißig. Aufgrund des aktuellen Türkei-Referendums wurden tausende „Erdogan-Flugblätter“ gedruckt und verteilt, einige fehlende Stadtteile werden ihr Exemplar nun im Mai erhalten.

Präsenz zeigten wir nicht nur an Infoständen und auf der Straße, auch ein

„Sicherheitspolitischer Abend“ der Reservistenkameradschaft Selztal oder etwa die Pressekonferenz mit anschließender Besichtigung zur Eröffnung des Allianzhauses als Flüchtlingsunterkunft und etliche weitere „Veranstaltungen“ wurden besucht und auch wenn unsere schwarz-rot-grün-gelben Einheitsparteisoldaten dies mit allen Mitteln verhindern wollen: Die AfD Mainz ist mittlerweile ein fester Bestandteil der politischen Landschaft unserer Landeshauptstadt und wir sind gekommen um zu bleiben!



Termine:

- 03.05.17 „Wahlkampf 2017“ – Themenabend mit dem rheinland-pfälzischen Wahlkampfleiter
- 07.05.17 WAHL in Schleswig-Holstein
- 14.05.17 WAHL in Nordrhein-Westfalen

Auch diesen Monat finden wieder mehrere Infostände und ein „Aktionstag“ statt, bitte melden Sie sich unter sebastian.muenzenmaier@afd-mainz.de und unterstützen Sie uns!

Bericht vom Bundesparteitag am 22./23. April in Köln:



Was hatte die Presse nicht alles über diesen Parteitag im Vorfeld berichtet.... Die AfD zerlegt sich, nach diesem Wochenende bleibt kein Stein auf dem anderen, Petry tritt zurück und ungefähr 50.000 Menschen werden demonstrieren und gemeinsam mit hochqualifizierten und überaus intelligenten Politikern wie beispielsweise Frau Reker ein Zeichen gegen die demokratische AfD setzen. Zwischendurch meldeten sich auch noch überbezahlte und abgehobene Repräsentanten der Kirche mit dem Slogan „Unser Kreuz hat keinen Haken“ zu Wort und wetterten ganz im Sinne der Nächstenliebe gegen eine konservative und freiheitliche Partei.

Nun im Rückblick lässt sich sagen:

Wir haben es wieder einmal allen gezeigt!

Die AfD-Delegierten haben mit Weitblick, Vernunft und sachlicher Debatte ein gutes Wahlprogramm verabschiedet, haben sich nicht auf interne Diskussionen eingelassen und das Wochenende ganz dem Wahlprogramm und dem Spitzenteam gewidmet, genau wie es im Vorfeld einer Bundestagswahl auch sein sollte!

Wir haben ein hervorragendes Spitzenteam gewählt, welches auch verschiedene Strömungen unserer Partei repräsentiert, so wie es sich für eine Volkspartei ziemt, und ich freue mich ganz besonders, dass der „entscheidende Vorschlag“ aus Rheinland-Pfalz kam.

www.swr.de/swraktuell/rp/parteitag-in-koeln-afd-mit-neuem-wahlprogramm-und-spitzenduo/-/id=1682/did=19421660/nid=1682/1vu4542/index.html

Wir haben zwei Tage lang den undemokratischen Horden getrotzt, die statt aus 50.000 „bunten Bürgern“ nur aus knapp 7000 gewaltbereite Extremisten und Unterstützernumfeld bestanden und das Maritim zur Festung werden ließen und wir haben den unzähligen Pressevertretern und Schaulustigen gezeigt, wie diszipliniert und engagiert Parteimitglieder sich ein Bundestagswahlprogramm erarbeiten können – ganz ohne Peter Altmaier.

Ich freue mich auf die kommenden Monate, ich freue mich auf einen harten aber engagierten Wahlkampf mit unserem Spitzenduo Dr. Alice Weidel und Dr. Alexander Gauland und ich freue mich auf 15% + X am 24.09.2017!

Ihr

Sebastian Münzenmaier

Gastbeitrag:

Der Südpfälzer Martin Schmidt, MdL mit einem Gastbeitrag zur Heimatpartei AfD:

AfD – die heimatbewusste Partei

für Regionalität, Solidarität und Patriotismus

„Heimat, das ist für mich das tiefe Bedürfnis nach kultureller Verortung und die Erkenntnis der Schönheit vielfältiger gewachsener regionaler und nationaler Bindungen.“



Dieses Bekenntnis habe ich an den Anfang des derzeit an vielen Orten verteilten Heimat-Flyers der AfD Rheinland-Pfalz gesetzt. Es fällt in eine Zeit, in der immer mehr Menschen die Schattenseiten der „Globalisierung“ erkennen und in der die Weltpolitik deutlich multipolarer, unübersichtlicher und vielleicht auch gefährlicher wird. Überschaubare regionale Bindungen, mundartliche Prägungen und gewachsene Sitten und Bräuche stehen vor diesem Hintergrund bei den ganz normalen Menschen ebenso hoch im Kurs wie architektonische Besonderheiten, bäuerlich-handwerklich-industrielle Traditionen und ökologische Standards.

In besagtem Heimat-Flyer heißt es dazu: „... die Heimat ist tief verankert in unseren Herzen, jeder trägt sie auf unterschiedlichste Weise sein ganzes Leben lang in sich. So wie die Familie die Keimzelle von Staat und Gesellschaft ist, ist die Summe der Heimaten aller Bewohner dieses Landes die Grundlage der deutschen Nation. In diesem Sinne steht eine sich als freiheitliche, konservativ-patriotische Kraft verstehende Partei wie die Alternative für Deutschland (AfD) dem Heimatbegriff uneingeschränkt positiv gegenüber. Die AfD sieht sich als Schützerin und Vorkämpferin heimatlicher Interessen.“ Man könnte hinzufügen: Die AfD steht für nationale Identität, die Wertschätzung des Eigenen, für Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur und nicht zuletzt für das unbedingte Festhalten an der durch die ungezügelte Massenzuwanderung aus anderen Kulturräumen bedrohte deutsche Leitkultur.

Im einzelnen bedeutet das für die Programmatik der Alternative für Deutschland: Wir sehen in einer vielfältigen bürgernahen Museumslandschaft und der Pflege von Denkmälern und Gedenktagen ein starkes gesamtstaatliches Interesse. Auch schätzen wir das weitgefächerte gewachsene Vereins- und Stiftungswesen, zumal es auch in sozialer Hinsicht wertvolle Dienste leistet. Darüber hinaus würdigt die AfD würdigt die Beiträge aller deutschen Regionen zur gemeinsamen Kultur. Auf der Grundlage des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes (§ 96 BVFG) soll deshalb auch das Kulturerbe der historischen deutschen Siedlungsgebiete in Mittel- und Osteuropa gepflegt und die Bedeutung für alle Deutschen und für Europa sichtbar gemacht werden, insbesondere im Schulunterricht. Ebenso gilt es für uns, die besonderen historischen und kulturellen Prägungen von Aussiedlergruppen wie den Russlanddeutschen, Oberschlesiern oder Rumäniendeutschen im Bewusstsein der gesamten Bevölkerung zu verankern und sich gegenüber deutschen Minderheiten im europäischen wie im überseeischen Ausland solidarisch zu zeigen.

Das Europaverständnis der AfD zeichnet sich nicht nur durch eine massive wirtschaftlichspolitische Kritik am Brüsseler EU-Zentralismus und dem fatalen Euro-Experiment aus. Es beinhaltet ebenso eine positive Grundeinstellung zur Unterschiedlichkeit von Sprachen sowie den gewachsenen regionalen und nationalen Identitäten auf unserem Kontinent einschließlich des Grundrechts auf Selbstbestimmung der Völker. Letzteres ist eine logische Fortsetzung des in unserer Partei allgemein hochgehaltenen Grundsatzes der Volkssouveränität und direkten Demokratie.

Die AfD vertritt aus tiefster Überzeugung ein alternatives Weltbild zum in Deutschland (noch) prägenden gleichmacherischen linken Zeitgeist, der auf der Ebene der Individuen wie auf jener der Regionen, der Völker und Kulturräume die Vielfalt der Menschen nicht wertschätzt, sie leugnet oder gar beseitigt sehen möchte.

Doch ist eine solche uniforme Weltsicht wünschenswert, ist die Reduzierung des Menschen auf eine allen gemeinsame gesellschaftliche Lebensform nicht vielmehr ein utopisches Schreckensszenario?

Denn wir freuen uns ja auch in der uns umgebenden Natur oder wenn wir auf Reisen gehen über die Unterschiedlichkeit von Pflanzen und Tieren, von Landschaften, Sprachen, Stadtbildern, Speisen oder Liedern.

Demgegenüber scheint die „Abschaffung“ Deutschlands zugunsten einer utopischen multikulturellen „Bunten Republik“ das Kernziel eines leider erheblichen Teils der Altparteien-Politiker zu sein. Ganz so, wie es die Grüne Jugend, also die Nachwuchsorganisation dieser hochideologischen Linksaußenpartei, am Tag der Deutschen Einheit 2015 gefordert hat. Auf Twitter postete die Parteijugend: „Am 3. Oktober wurde ein Land aufgelöst und viele freuen sich 25 Jahre danach. Warum sollte das nicht noch einmal mit Deutschland gelingen?“

Einerseits reden die selbsternannten „grünen“ oder „sozialen“ Wortführer im Lande von Artenvielfalt und sozialer Verantwortung. Andererseits opfern sie bereitwillig regionale Besonderheiten aller Art sowie geschichtlich gewachsene Standards und Mentalitäten etwa bei Arbeitnehmerrechten oder im Umgang mit der eigenen Währung zugunsten zentralistischer Bürokratien, allen voran dem Brüsseler EU-Moloch. Sie erträumen sich, ob direkt ausgesprochen oder nur faktisch vorbereitet, die „Vereinigten Staaten von Europa“ im Sinne eines multikulturellen „melting pot“ und eines „Weltbürgertums“, das dem ersehnten „Paradies auf Erden“ marxistischer Lehre gefährlich nahekommt. Und sie hegen einen Generalverdacht gegen politische Bewegungen, die demokratische Selbstbestimmung einfordern und sich auf die Eigenheiten von Völkern, Regionen und Traditionen beziehen.

Angefangen bei der „Willkommens-Kanzlerin“ Merkel leidet unser Heimatland schon seit Jahren und verstärkt seit dem Spätsommer 2015 unter einer unverantwortlichen Asyl-Zuwanderung-über-alles-Politik. Mit vereinter parteipolitisch-medialer Kraft und wenig Verstand wollen Gutmenschen verschiedenster Couleur das hochideologische (Trug-) Bild der „neuen Deutschen“ umsetzen, indem sie zahllose Migranten mittels gewaltiger Transferzahlungen aus Steuermitteln in kürzestmöglicher Zeit zu Wohnraum, Arbeit und üppigen „Integrations“-Leistungen verhelfen und ihnen im Hau-Ruck-Verfahren die deutsche Staatsangehörigkeit oder den Doppelpass verleihen wollen.

Menschlichkeit, Demokratie und Toleranz sind dabei vielbemühte Schlagwörter. Doch allzu häufig sind sie zu leeren, von Ideologie und Realitätsblindheit gefüllten Schlagwörtern verkommen. Denn wer das eigene Land durch Anreize aller Art einem grenzenlosen Massenzug überwiegend wirtschaftlich motivierter Armutszuwanderer aussetzt, ist, um mit Goethe zu sprechen, weder edel noch hilfreich noch gut. Im Gegenteil: er ruft unabsehbare soziale und kulturelle Probleme hervor, fördert die sich schon jetzt drastisch verschärfende Kriminalität und beraubt das Asylrecht seiner eigentlichen Legitimation. Denn der Artikel 16a des Grundgesetzes hat von seinem historischen Hintergrund her die Gewährleistung von Schutz und Fürsorge auf Zeit im Sinn und keine Rechtfertigung einer die Aufnahmegesellschaft völlig überfordernden Völkerwanderung.

Die angestrebte schöne neue Welt voller „Buntheit“ und „Vielfalt“ hat ihren Preis. Darüber sollten sich die Mächtigen in Politik und Wirtschaft und jeder einzelne Bürger im Klaren sein. Aus der bisherigen, ethno-kulturell und hinsichtlich gemeinsamer Werte, Traditionen und Normen weitgehend homogenen Stabilitätsgesellschaft in der Mitte Europas würde unweigerlich eine heterogene Konfliktgesellschaft. Der öffentliche Raum (städtische Plätze und Gassen, Busse, Züge, Sportstadien usw.), der für die allermeisten Deutschen über ein halbes Jahrhundert lang eine Zone größtmöglicher Sicherheit gewesen ist, wäre dann schon bald eine Sphäre der Sorge und Angst und immer häufiger der tatsächlichen Kriminalität. In den städtischen Ballungsräumen, aber auch an entlegeneren Orten ist diese Entwicklung bereits heute traurige Realität.

Hier sieht sich die Alternative für Deutschland in der Verantwortung, Recht und Ordnung und die innere Sicherheit in vollem Umfang wiederherzustellen. Wir haben erkannt, dass es statt dessen ein nachhaltiger Akt der Solidarität wäre, wenn man die Hunderttausenden hierzulande geduldeten abgelehnten Asylbewerber endlich konsequent abschieben würde.

Denn die dadurch gesparten Sozialleistungen könnten für einheimische Familien mit Kindern, für die vielen nur über kümmerliche Renten verfügenden Alten und Kranken oder für obdachlose Bürger aufgewendet werden. Und natürlich müsste nach alternativen Möglichkeiten Ausschau gehalten werden, um wirklich verfolgten syrischen, afghanischen, somalischen und anderen Flüchtlingen in heimatnah gelegenen Übergangslagern mit deutlich mehr europäischen, aber auch US-amerikanischen Geldern zu helfen.

Immer mehr Bürger erkennen: die AfD ist in unserem Land die einzige wirkliche Sachwalterin eigener Interessen und international zukunftssträchtiger Politikkonzepte. Denn die Alternative für Deutschland steht für Heimat- und Kulturbewusstsein und einen gesunden Patriotismus, wie er außerhalb unserer Landesgrenzen fast überall selbstverständlich ist.

Ihr

Martin Louis Schmidt

Landtagsabgeordneter

Neues aus dem Landtag:



Im vergangenen Monat attestierte der Landesrechnungshof der Landesregierung zum gescheiterten Hahnverkauf im Sommer vergangenen Jahres eklatantes Versagen. Nach der Veröffentlichung des vorgelegten Gutachtens wird der Druck auf Innenminister Lewentz größer. Für die AfD Fraktion ist jedenfalls klar: Der Innenminister ist auf billige Hütchenspieler aus China hereingefallen und hat somit fahrlässig einen Millionenbetrag der rheinland-pfälzischen Steuerzahler vernichtet. Unser Fraktionsvorsitzender Uwe Junge hat deshalb Anzeige wegen Untreu gegen den Innenminister gestellt. Die Frage die sich erneut stellt: Wann zieht der Innenminister Konsequenzen und tritt von seinem Amt zurück?

Die AfD Fraktion wird sich weiterhin mit dem gescheiterten Hahnverkauf auseinander setzen um den Sachverhalt vollständig aufzuklären – Es bleibt spannend.

Ihr

Damian Lohr

Landtagsabgeordneter

Historisches Kalenderblatt:

Liebe Freunde,

unsere deutsche Kultur und Geschichte ist reich an Tagen an denen Taten vollbracht, Werke geschrieben, Kunst erschaffen und Erfindungen erdacht wurden, derer wir uns voller Stolz und ohne Scham erinnern und die uns zu Ähnlichem anspornen sollten. Wir müssen mit frohem Mut daran denken, dass wir ein Land voller Dichter, Denker und Helden sind.

In einzelnen Abschnitten der Geschichte verdichten sich die Ereignisse auf kurzem Zeitraum so stark, dass niemand den Lauf der Dinge hätte vorhersehen, geschweige denn ändern können. Diese Kristallisationspunkte werden als Schicksalstage, -monate oder -jahre bezeichnet. In so einem Schicksalsjahr befinden wir uns gerade! Die AfD ist Beweis dafür, dass das Volk maßgeblich Politik bestimmen und sie verändern kann.

In diesem Sinne soll die Rubrik "Historische Kalenderblätter" die guten und rühmlichen Seiten unserer Geschichte beleuchten. Jeden Monat einen Schicksalstag oder ein Ereignis aufzeigen, das in der Populärgeschichte in Vergessenheit geraten ist und auf das wir stolz sein können oder welches uns zum Nachdenken anregen soll.

Wir sind stolz auf Deutschland. Gemeinsam verändern wir es zum Guten, zum Besseren!

Viribus unitis - Mit vereinten Kräften!



Historisches Kalenderblatt 31. Mai 1814 – Ein beinahe 23 Jähriger Krieg endet

Der sogenannte „Erste Pariser Frieden“ wird am 31. Mai 1814 ratifiziert.

Auf Seiten der Koalition kämpfen Österreich, Preußen gemeinsam mit Großbritannien, Spanien, Portugal und dem Russischen Reich sowie Schweden und Norwegen in einem jahrelangen Ringen gegen das napoleonische Frankreich.

Der Krieg ist sein Lied...

Die Schlachtfelder liegen auf dem gesamten Globus verstreut, ein Weltkrieg möchte man meinen. Nicht nur Europa viel dem Kriegstreiber Napoleon zum Opfer. Der ständige Kriegszustand seit den Revolutionskriegen, beginnend 1792 über die Napoleonischen Kriege bis hin zu den Befreiungskriegen endet für den selbsternannten Kaiser der Franzosen mit der Verbannung auf die Mittelmeerinsel Elba.

Alleine im verheerenden Russlandfeldzug von 1812, der mit dem Rückzug der Grande Armee und seiner Hilfstruppen endet, fielen mehrere hunderttausend Männer. Vorsichtige Schätzungen gehen von bis zu 600.000 Gefallenen aus.

Auf der Iberischen Halbinsel kämpften Briten und Spanier unter großen Verlusten zwischen 1807 und 1814 gegen die Franzosen, die gnadenlos die Zivilbevölkerung unterdrückten.

Die deutschen Länder, die sich mit dem französischen Kaiser gemein machten – darunter Württemberg, Sachsen und Bayern, mussten bittere Verluste hinnehmen, da immerwährende Truppeneinsparungen unter den jungen Männern die Länder schröpften.

Alleine während der dreitägigen Völkerschlacht bei Leipzig 1813 wurde der Boden mit dem Blut von über 110.000 Gefallenen oder Verwundeten getränkt.

Lieber ein Ende mit Schrecken...

Unter größten Anstrengungen gelang es schließlich Napoleon zu stellen und Paris einzunehmen. Am 06. April musste schließlich der Kaiser der Franzosen abdanken, die Regentschaft der Bourbonen wurde wiederhergestellt und Napoleon nach Elba verbannt. Für das geschlagene Frankreich unterzeichnet Ludwig der XVIII die Friedensakte.

Nach unbändigen Mühen und unter größten Verlusten ist es gelungen, den selbsternannten Kaiser über Frankreich, der sich auch zum Herrscher über Europa machen wollte, zu schlagen.

Beispielhaft?

Was damals Musketen, Mörser und Geschütze, im Stande waren zu leisten, können heute vielleicht Blogbeiträge und Facebook-Posts friedlich lösen. Damals waren es Soldaten und Generäle, die der Schreckensherrschaft ein Ende bereiteten, heute ist es der Wähler, der die sozialistische Meinungsdictatur aus Berlin und der Fremdherrschaft aus Brüssel beenden kann.

Ceterum Censeo

Elba sollte jedoch nur eine Zwischenstation für den geschlagenen Hasardeur werden. 1815 sollte Napoleon wieder Festland betreten und für weitere Hundert Tage den Kontinent mit Schrecken überziehen. Das steht jedoch auf einem anderen Blatt.

Ihr

Fabian Schütz

AfD Mainz

Unterstützen Sie unsere Arbeit und „Die Blaue Post“ mit einer Spende:

AfD KV Mainz

IBAN: DE 68 5519 0000 0872 3900 18

Die Stimme der Jugend:

Auf dem vergangenen Stammtisch der Jungen Alternative Mainz am 25.04. konnten wir die bisher getätigten Aktivitäten Revue passieren lassen und die zukünftigen besprechen.

Neben der Initiierung von Stammtischen nahmen dabei die JA Mitglieder Münzenmaier, Persdorf und Jungbluth an einer Reihe von Veranstaltungen des Jugendforums (JUFO) teil. Bei den Veranstaltungen kommt es zu Podiumsdiskussionen mit Vertretern anderer Jugendorganisationen. Dies ist für die JA eine sehr gute Gelegenheit sich mit anderen zu messen und Schüler von unseren Positionen zu überzeugen.

Weiter war man sich einig, dass eine intensive Unterstützung der Bundestagswahl eine der zukünftigen Kernaufgaben darstellt. Die JA möchte ihren Beitrag dazu leisten, dass im September ein bestmögliches Ergebnis erzielt wird und mit Sebastian Münzenmaier ein JA-Mitglied in den Reichstag einzieht. Hierzu sehen wir es vor allem als notwendig an, jene Bereiche zu besetzen, zu denen die JA ein engeres Verhältnis hat, als die AfD, wie beispielsweise das Verteilen von AfD- und JA Flyern in Studentenwohnheimen.

Von Guntersblum bis Bacharach:

Zur Bundestagswahl umfasst der Wahlkreis „Mainz“ neben unserer Landeshauptstadt auch weite Teile des Landkreises Mainz-Bingen. Somit sind wir auch im Landkreis unterwegs und möchten die Gelegenheit nutzen diese neue Rubrik „Von Guntersblum bis Bacharach“ einführen, in der stets über Neuigkeiten und Aktivitäten aus Mainz-Bingen berichtet wird.

Anfang April waren wir mit einem kleinen Team in Niederheimbach und Umgebung unterwegs und verteilten dort AfD-Flugblätter bevor dann der Abend auf Burg Sooneck mit einem schönen Ausblick ins Mittelrheintal und einem kühlen Getränk endete.



Am dritten Donnerstag des Monats fand dann der Stammtisch der Mainz-Binger AfD kurz vor den Toren von Mainz statt und die gemütliche Runde freute sich über den Besuch des rheinland-pfälzischen Spitzenkandidaten Sebastian Münzenmaier. In Mainz-Bingen schlummert viel Potential und ich freue mich auf den kommenden Wahlkampf, wenn wir gemeinsam mit den „Mainzern“ ein fulminantes Ergebnis im schönen Rheinhessen erreichen!

Ihr

Alexander Jungbluth

Vorsitzender Junge Alternative Mainz

AfD-Mitglied Mainz-Bingen

Fakten statt „Fake news“:

In unserer Rubrik *Fakten statt „fake news“* wollen wir aktuelle und zeitlose politische Themen wissenschaftlich beleuchten und freuen uns diesen Monat über einen Beitrag zu Bildung und Demokratie von Dr. Andreas Jabs.

Bildung und Demokratie! oder

Wie sich die „uns schon länger Regierenden“ (Jörg Meuthen) einen neuen Menschen bauen wollen.

Es ist noch gar nicht so lange her, da hat Alt-Bundespräsident Gauck in einem Interview einen denkwürdigen Satz gesagt: „Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem ...“ [1]. Wie aus Sicht der etablierten Parteien dieses Problem gelöst werden soll, hat Olaf Scholz (SPD) in einem Interview mit dem Deutschlandfunk klar gemacht: "Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern" [2]. Von Kindesbeinen an, so das Kalkül, übernimmt der Staat die Kontrolle über das, was unsere Kinder erfahren und lernen. Die zunehmende „Entelterung“ der Kinder ist weiterer Meilenstein auf diesem Weg. Ganztagsbetreuung ist das Rezept dafür, das auf der Ehe basierende Lebensideal der Mutter-Vater-Kind-Beziehung Stück für Stück auszuhöhlen. Damit soll der Weg frei gemacht werden für die dann in der Schule einsetzende Ideologisierung unserer Kinder im Namen einer sogenannten pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft. Und all dies natürlich möglichst ohne den störenden Einfluß der Eltern, die ja vielleicht schädliche, weil konservative Werte und Tugenden, in der Familie leben und vermitteln wollen.

Ein Blick in unsere Schulen ...

... exemplarisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und dennoch erschreckend.

Nichts prägt eine Gesellschaft mehr, als das Ergebnis der Bildung, die sie ihren Kindern zuteil werden lässt. Insofern ist es nur Folgerichtig, das Bildungsniveau zugunsten ideologischer Ideale Schritt für Schritt abzusenken. Die dazu herangezogenen Mittel und Wege lesen sich – sehr oberflächlich betrachtet – eigentlich gar nicht so dramatisch:

- „Kein Kind bleibt zurück“
- Von der Vermittlung von Wissen, Kenntnissen und Techniken geistigen Arbeitens zur Erlangung sog. Kompetenzen
- Bildungsziele sollen von jedem erreichbar sein
- Abschaffung der verbindlichen Schulartempfehlung
- ...

Schaut man jedoch genauer hin, so erkennt man sehr schnell, dass alle diese Instrumente nur einem Ziel dienen: Absenkung des Leistungsniveaus zugunsten einer gleichmacherischen Ideologie. Der damit erreichte Nebeneffekt: Die Fähigkeit zu logischem und kritischem Denken, die Bewertung von Ereignissen und Fakten auf der Grundlage von Wissen, gehen mehr und mehr verloren. Nach einer Analyse der Anforderungen an Berliner Schüler in Sachen Mathematik resigniert der Autor: „Um in Berlin einen mittleren Bildungsabschluss zu bekommen, muss man immerhin ein Quadrat zeichnen und einen Taschenrechner bedienen können. Viel mehr aber auch nicht.“ [4].

Aber auch die Beschäftigung mit weltweit bekannten und geachteten Autoren, die in ihrer Zeit die Vorgaben politischer Korrektheit und Multikultureller Gepflogenheiten nicht kannten, soll unterbunden werden. Wie ernst es insbesondere Rot-Grün damit meint, unsere Kinder von Althergebrachtem zu entfremden, zeigt ein Vorfall in Bad Dürkheim. In der Stadtbibliothek wurden Kinderbücher mit unliebsamen Inhalten aus den Regalen entfernt und der Vernichtung zugeführt. Dazu schreibt Roland Tichy: „Diesmal richtete sich die Aktion gegen Bücher mit „falscher“ Schreibweise. Das sind solche, die beispielsweise das Wort „Neger“ enthalten. Es traf auch Erich Kästner, Autor so berühmter Kinderbücher wie „Das fliegende Klassenzimmer“, „Pünktchen und Anton“, „Das doppelte Lottchen“. Offenkundig gelten seine Bücher in Baden-Württemberg als Provokation und Verstoß gegen den staatlich verordneten Zeitgeist der schulischen Umerziehung zum politisch korrekten Menschen.“ [4]. Erich Kästner trifft es damit bereits zum zweiten Mal in Deutschland. Seine Bücher wurden bereits 1933 von den Nationalsozialisten aus den Bibliotheken verbannt und verbrannt.

Ein Blick in unsere Universitäten ...

... exemplarisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit und dennoch erschreckend.

Die Hochschullandschaft in Deutschland ist, neben einer chronischen Unterfinanzierung, seit 2002 vom sogenannten Bologna-Prozess geprägt. Mit der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge wurde das weltweit als Markenzeichen für Qualität geschätzte Diplom abgeschafft. Im Übrigen mit Ausnahme von Medizin und Jura. Die Verfechter der Bologna Reform wollen sich wohl nicht von einem Bachelor der Medizin operieren oder einem Bachelor der Juristerei vor Gericht vertreten lassen? Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Die Universitäten sind zu Durchlauferhitzern geworden. Es werden keine Persönlichkeiten mehr ausgebildet, sondern nur noch Absolventen. So erklärt der damalige Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Horst Hippler, am 14.08.2012 im Bayerischen Rundfunk „Wichtige Ziele [des Bologna Prozesses, Anm. der Autors] sind verfehlt worden. Eine Universität müsse mehr leisten als Auszubildende, nämlich Bildung. Das tun sie mit dem Bachelor nicht.“

Als dann noch das Bundesverfassungsgericht die sog. Akkreditierung von Studiengängen bei einer zentralen Akkreditierungsagentur im Jahr 2016 für verfassungswidrig erklärte, keimte die Hoffnung auf, das sich etwas ändern würde. Aber alle machen weiter wie bisher.

Die Einsparungen bewirken ein übriges – die Ausstattung der Universitäten verschlechtert sich von Jahr zu Jahr, das Niveau der Ausbildung sinkt. Im Antrag eines Professors in einer Senatsitzung der Ernst-Moritz-Arndt-Universität zu Greifswald (von 1648 bis 1815 zu Schweden gehörend) zum Thema Einsparungen heisst es: „Der Senat möge beschließen, die Universität der Hoheit Schwedens zu überantworten. Somit könnte man vielleicht weiterem Sparen entgehen.“ [5].

Stattdessen werden hunderte Lehrstühle der sog. Gender-Wissenschaft installiert. Deutschland leistet sich derzeit rund 250 Lehrstühle und Zentren für „Gender-Studies“ [6].

Fazit

Die Absenkung des Bildungsniveaus – von der Schule bis zur Universität – hat letztendlich jene Bevölkerung zum Ziel, die im Geiste des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck kein Problem mehr darstellt. Sie ist nicht mehr in der Lage frei von Ideologie sowohl wissensbasiert als auch logisch denkend die Ziele „der uns schon länger Regierenden“ zu erkennen und zu durchschauen.

Geben wir unseren Kindern eine Bildung mit auf den Weg, die sie befähigt ein unabhängiges, erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben zu führen!

Befähigen wir unsere Universitäten nicht nur dazu Absolventen zu produzieren, sondern Persönlichkeiten zu bilden!

Eine demokratische, wertorientierte und von der Dominanz der Ideologien befreite Gesellschaft ist dann nicht mehr länger ein unerreichbares Wunder!

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Thilo Sarrazin, der dies alles – wie gewohnt pointiert – zusammenfasst: „Soweit im heutigen Deutschland solche Universalgenies wie Alexander von Humboldt und Johann Wolfgang von Goethe noch geboren werden, erlangen sie ihr breites Bildungswissen bestimmt nicht mehr im staatlichen Schulsystem, das entsprechende Angebote heute gar nicht mehr macht. Der Niveauverlust beginnt bereits in den Grundschulen. Er hat bewirkt, dass die fachlichen Anforderungen sowohl für den Hauptschulabschluss als auch für das Abitur deutlich niedriger sind, als in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts...“

Ihr

Dr. Andreas Jabs

Mitglied des Kreisvorstands Mainz

Nachweise und Quellen

- [1] <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Interviews/2016/160619-Bericht-aus-Berlin-Interview.html>
- [2] http://www.deutschlandfunk.de/scholz.694.de.html?dram:article_id=60153
- [3] FAZ vom 11.08.2016, Feuilleton
- [4] <https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/buecher-brennen-wieder/>
- [5] Persönliche Mitteilung
- [6] http://www.focus.de/politik/deutschland/kisslers-konter/tid-31825/herr-professorin-in-leipzig-das-erste-opfer-der-sprachverwirrung-ist-die-grammatik-das-totalitaere-system-der-gender-dogmatiker_aid_1013471.html
- [7] <https://www.amazon.de/Wunschdenken-W%C3%A4hrung-Bildung-Einwanderung-scheitert/dp/342104693X>

Karikatur des Monats:

Unsere „Karikatur des Monats“ entwickelt sich zum festen Ritual und diesen Monat passt sie perfekt zum Thema unserer Rubrik „Fakten statt fake-news“. Hier ist sie wieder, die aktuelle politische Karikatur aus der Feder von Götz Wiedenroth:



V.i.S.d.P.: AfD Mainz – Schusterstraße 22 – 55116 Mainz